

Aufkeimende Hoffnungen Entschwinden der Koreafrage und Wirtschaftswunder in Nordkorea?

Werner Kampeter, FES Seoul, Januar 2008

- Die Außenpolitik der Regierung G.W. Bush hat sich nach dem Verlust der Republikanischen Partei bei den *mid-term elections* im Herbst 2006, insbesondere gegenüber Nordkorea, um 180 Grad gedreht. Es kam sogar zu direkten Verhandlungen zwischen Washington und Pyongyang. Die zuvor nur unter Druck Chinas zustande gekommenen 6er Gespräche wurden zur Plattform einer am 3. Oktober 2007 unterzeichneten, grundlegenden und weitreichenden Vereinbarung mit Nordkorea, die potentiell die Koreafrage beseitigt und Nordkorea in die schnelle Modernisierung und Industrialisierung seiner Wirtschaft führen wird.
- Gleichzeitig mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung in Beijing, fand in Pyongyang das Gipfeltreffen des südkoreanischen Präsidenten Roh Moo-Hyun mit dem nordkoreanischen Führer Kim Jong-Il statt. Eine weitgehende Vereinbarung zur Befriedung der koreanischen Halbinsel und ein umfangreiches Programm zur Entwicklung der nordkoreanischen Wirtschaft wurden bei dieser Gelegenheit beschlossen und unterzeichnet und mit großer Erleichterung in Südkorea aufgenommen.
- Dieses Gipfeltreffen fand nur wenige Wochen vor der Wahl des neuen südkoreanischen Präsidenten am 19. Dezember 2007 statt. Der erfolgreiche Kandidat Lee Myung-bak gewann den Wahlkampf durch sein Versprechen, die Wirtschaft, die in den letzten Jahren mit knapp 5 Prozent gewachsen war, auf Trab zu bringen. Lee Myung-bak gilt aus seiner Zeit als Chef des Bauunternehmens von Hyundai und als Bürgermeister von Seoul als willensstarker Macher („Bulldozer“). Er versprach nicht nur für den Süden der Halbinsel einen Modernisierungsschub, sondern auch für den Norden: Das Prokopfeinkommen solle dort in 10 Jahren 3000 US Dollar betragen (derzeit wohl unter 1000 US Dollar).
- Der neugewählte Präsident könnte noch daran gehindert werden, sein Amt anzutreten, weil ein Sonderstaatsanwalt aufgrund eines gesetzlichen Auftrages des Parlaments seine nicht so ganz weiße Weste untersuchen wird.
- Lee Myung-bak hat es nicht verstanden im Wahlkampf seine Partei Hanaradang an sich zu binden. Das könnte in Verbindung mit einer Spaltung der Partei trotz bester Aussichten aus der Parlamentswahl am 8. April erfolgreich hervorzugehen, zu einer erheblichen Belastung seiner Regierung führen. Er will vor allem „Technokraten“ in sein Kabinett berufen und den im internationalen Vergleich nicht besonders üppigen Staatsapparat verschlanken, d.h. auch dort Widerwillen ernten. U.a. soll das Frauenministerium abgeschafft werden – ein herber Rückschlag für die koreanische Frauenbewegung.
- Wenn ihm eine Rezession der amerikanischen Wirtschaft (oder Schlimmeres) keinen Strich durch die Rechnung macht, wird er die Wachstumsrate auf die versprochenen 7 Prozent erhöhen können – sogar relativ kurzfristig, wenn sich denn die Konzernchefs an das Lee Myung-bak gegebene Versprechen halten, 2008 die Investitionen kräftig zwischen 25 und fast 60 Prozent (Hyundai) zu erhöhen. Mittelfristig werden der Aufbau und die Modernisierung der nordkoreanischen Wirtschaft die Wirtschaftskonzunktur im Süden ebenfalls ankurbeln.
- Es ist zu erwarten, dass die neue Regierung gegenüber progressiven Kräften, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine ziemlich harte Linie verfolgen wird. Dort ist man ausgesprochen besorgt und schon fast resigniert. Dennoch könnte der Druck von oben diesen Bewegungen mittelfristig neuen Auftrieb geben, denn sie sind mit Herausforderungen groß geworden.

Das Jahr des Goldenen Schweins (2007) war was die Sicherheitslage angeht ein glückliches Jahr für die koreanische Halbinsel und für Ostasien und gibt Anlass zu großen Hoffnungen für die nächsten Jahre. Falls die Hardliner in Washington und Pyongyang nicht wieder genügend Oberwasser bekommen, um die Umsetzung der 6er Vereinbarungen zu verhindern, und damit auch die auf dem nord-/südkoreanischen Gipfeltreffen umfangreichen und weitreichenden Kooperationsvereinbarungen umgesetzt werden können, dürfte die winterliche Morgenröte bald durch die wärmende Sommersonne abgelöst werden, in der sich der neu gewonnene Frieden auf der koreanischen Halbinsel umso schöner genießen ließe, einschließlich der nachholenden Modernisierung Nordkoreas, die auf Dauer nicht auf die Wirtschaft beschränkt bleiben würde.

Der neugewählte Präsident in Südkorea, der als „Wirtschaftspräsident“ in den Wahlkampf gezogen war, fügt sich, auch wenn man sonst mit einigen Rückschritten rechnen muss, gut ein in solche Wirtschaftswunderperspektiven. Er hat die Industrialisierung/Modernisierung Nordkoreas auf seine Fahnen geschrieben.

Außenpolitik

Nach den *mid-term elections* im Herbst 2006 vollführte die amerikanische Außenpolitik insbesondere gegenüber Nordkorea eine 180 Grad Wende. Nachdem man vorher nur unwillig dem Druck Pekings, an den 6er Gesprächen teilzunehmen, nachgegeben hatte, wurden diese nun, neben bilateralen Gesprächen, denen man sich in Washington vorher ganz vehement entgegengestellt hatte, zur wichtigsten Plattform der neuen Außenpolitik Washingtons. Christopher Hill, der US-Nordkoreabeauftragte, wurde zur viel und gern gesehenen Person in Beijing, Seoul und Pyongyang. Das Abkommen vom 3. Oktober 2007 sieht u.a. vor, den Versuchsreaktor Yongbyon funktionsuntüchtig zu machen, in Zukunft volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen, Nordkorea von der Washingtoner Terrorismliste zu nehmen, die Wirtschaftsblockade des Landes aufzuheben (*Trading with the Enemy Act*), Nordkorea Wirtschafts-, Energie- und Nahrungsmittelhilfe zu gewähren. Das Abkommen soll Zug um Zug, d.h. auf-

einen Schritt der einen folgt ein Schritt der anderen Seite, umgesetzt werden.

Zufall oder nicht, das Abkommen wurde am 3. Oktober unterzeichnet, also einen Tag nachdem sich Roh Moo-Hyun, der südkoreanische Präsident, zu Fuß über die Grenze zum Gipfeltreffen mit dem nordkoreanischen Führer Kim Jong-Il begeben hatte. In seinem Tross fanden sich Konzernchefs, Gewerkschafter und NGO-Vertreter. In einem Pokerspiel, das seinesgleichen sucht – zwischen dem älteren Kim Jong-Il und dem jüngeren Roh Moo-Hyun (das Alter ist, im Norden wie im Süden, ein gewichtiges Moment in allen Sozialbeziehungen) – wurde vereinbart, den seit 1953 herrschenden Waffenstillstand durch eine nachhaltige Friedensordnung zu ersetzen (und gleich Gesprächstermine auf Regierungsebene bis hin zu den Militärs festgelegt) und die wirtschaftliche Zusammenarbeit drastisch auszuweiten. Dazu gehören u.a. der Ausbau der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahn, Häfen), die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen sowie die Ausweitung des Tourismus auf den Norden.

Schon vorher hatten die koreanischen großen und mittleren Unternehmen in den Startlöchern gestanden, bzw. diese z.T. auch schon verlassen, und begannen nun unbeschwert, zum Beispiel Vereine zur Förderung des Friedens in Nordostasien zu gründen, und dabei Ideen aufzugreifen, die vorher nur von progressiven Intellektuellen und verträumten Politikern verfolgt worden waren. Bei der Gründungsversammlung eines solchen Vereins und insbesondere bei dem dazugehörigen festlichen Abendessen sprachen die Unternehmenschefs mit glänzenden Augen von den sich eröffnenden nordkoreanischen Perspektiven, ja dass diese Geschäfte auf dem Umweg über China und Russland (Wladiwostok/Nachotka) längst in Gang gekommen seien.

Doch nicht nur von Unternehmen, auch von den Bürgern in Südkorea wurden die 6er Gespräche, der Gipfel und die weitreichenden Vereinbarungen mit Erleichterung aufgenommen. Die Popularität Roh Moo-Hyuns legte schlagartig 20-30 Prozent zu.

In Nordkorea ist man zumindest ebenso erleichtert, pokert noch ein bisschen weiter, zum Teil mit Recht, weil Nordkoreas „Schritte“ größer waren als die der anderen Seite;

insbesondere blieben die zugesagten Energie- und Nahrungsmittellieferungen hinter den Vereinbarungen zurück. Yongbyon ist schon jetzt nicht mehr reaktivierbar. Es ist vereinbart worden, so hört man von gut informierter Seite, dass alles Nuklearmaterial bis Ende 2008 in die USA abtransportiert sein wird.

Die Dinge sehen also plötzlich überraschend positiv aus: Nordkorea wird denuklearisiert – das vorrangige Interesse der USA – sowie modernisiert/industrialisiert und *pazifiziert* – das vorrangige Interesse Südkoreas und wohl auch Chinas. Beides liegt eigentlich auch im Interesse Japans, wenn es sich denn durch das Entführtenproblem (die Entführung einiger Japaner nach Nordkorea vor mehr als 25 Jahren), mit dem Ministerpräsident Abe an die Macht gekommen war, nicht selbst Fesseln angelegt hätte, von denen sich der neue Ministerpräsident Fukuda allerdings befreien muss, wenn er es sich mit den jetzt am Ruder sitzenden Reformkräften in Washington nicht verderben will.

Auch wenn das New York Philharmonic Orchestra im Herbst 2008 nach Pyongyang reisen wird, kann immer noch so einiges schief gehen, nicht nur im Falle Japans. In der amerikanischen Außenpolitik haben die Reformer erst einmal den Sieg über die Hardliner davon getragen. Das kann sich auch wieder ändern, selbst unter einem demokratischen Präsidenten (Clinton stand 1994 kurz davor Nordkorea zu bombardieren). Außerdem wird viel davon abhängen, wie sich Washington in dem nun schon einige Jahre medial inszenierten, realen oder auch nur imaginierten Hegemonialkonflikt mit China verhalten wird.

Auf südkoreanischer Seite wird man nicht mit größeren Stolpersteinen rechnen müssen, denn Entspannungspolitik, humanitäre Hilfe und die Modernisierung des Nordens werden mehrheitlich mit-getragen, während der neue Präsident, als Bulldozer bekannt, an seinen Absichten keine Zweifel lässt.

Auch in Nordkorea selbst scheint der Konflikt zwischen Hardlinern (die Hardliner in Washington und Pyongyang hatten sich vorher die Bälle zugeworfen) und Reformern zugunsten letzterer entschieden worden zu sein. Die Neujahrsausgabe der Arbeiterzeitung, die Programmschrift für die Kader der Partei, setzt sich ausführlich mit den Heraus-

forderungen, vor denen Nordkorea steht, auseinander. Von Fachleuten wird dieser Text als Eingeständnis der bisherigen, sich auf die eigenen Kräfte verlassenden Wirtschaftspolitik und als Öffnung des Landes zur Kooperation mit anderen Ländern gesehen. Mehr noch, man erwartet, dass zum 60. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik Nordkorea eine grundlegend neue Wirtschaftsstrategie verkündet werden wird.

Unter Fachleuten in Südkorea geht man davon aus, dass das eigentliche Ziel Nordkoreas darin liegt, Verbündeter der USA zu werden – um die Abhängigkeit von China, die mit dem Zerfall der Sowjetunion, nur umso stärker geworden ist, zu lockern.

Sollte sich die Politik Washingtons allerdings neuerlich ändern, wäre man wieder am unerfreulichen Point Zero von Isolation, Konfrontation, Wirtschaftsblockade und – Hunger. Letzteres weil die land-wirtschaftlichen Ressourcen im Norden schon während der japanischen Kolonialzeit zur Ernährung der Bevölkerung unzureichend waren und das Land mit dem Zusammenbruch des Comecon, in den es u.a. Maschinen exportiert und aus dem es Grundnahrungsmittel importiert hatte, von diesen Importen abgeschnitten wurde. So lange Nordkorea am Weltmarkt durch Exporte keine Devisen verdienen kann, ist eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig – erst recht, wenn dieses arme Land von zerstörerischen Unwettern heimgesucht wird und das gleich viermal in den letzten 10 Jahren.

Das einzige Land, das vor Nordkorea wirklich Angst haben kann, ist Südkorea und insbesondere die Bewohner von Seoul, das wegen der Nähe zur Grenze im Konfliktfall innerhalb von wenigen Minuten durch mehrere Zigttausend Artilleriegeschosse erreicht werden kann. Da Washington seine Militärbasen, auch die größte von ihnen mitten in Seoul, im Zuge der militärisch-strategischen Neuorientierung auf die „chinesische Gefahr“, an die Westküste verlagert, befreit es sich in der eigenen Wahrnehmung „aus der Geiselhaft Nordkoreas“ (US Soldaten sind dann nicht mehr durch nordkoreanische Artillerie erreichbar) und gewinnt dadurch Freiheitsgrade in seiner Politik gegenüber Nordkorea, d.h. ein Angriff auf Nordkorea, bzw. die Drohung damit, werden zu einer

echten Option. Es ist unschwer einzusehen, dass durch solche Optionen Südkorea, ganz zu schweigen von der Bevölkerung von Seoul, umso mehr gefährdet wird.

Bei den anderen Nachbarländern in der Region, und erst recht im Falle der USA, kann man kaum von einer echten Gefährdung ausgehen. Man betrachte nur die Militärausgaben der Akteure in der Region, und zwar ihre absolute Höhe und ihre Zunahme.

Militärausgaben in Ostasien und den USA (1989-2004)

(US Dollar in konstanten Preisen 2004)

	1989	1994	1999	2004
China	11463	13665	20200	35400
Japan	36574	40053	41439	42442
South Korea	9955	11884	12672	14487
North Korea	27.1	32.1	19.5	27.9
Taiwan	7746	9514	7565	7211
Russia	137145	23172	12300	19400
USA	450972	357395	310326	455304

Quelle: SIPRI, 1990-2005:

<http://first.sipri.org/non-first/result_milex.php?send>

Innenpolitik

Das wichtigste innenpolitische Ereignis 2007 war ohne Zweifel die Präsidentschaftswahl am 19. Dezember. Opposition und Presse agitierten verschärft gegen die Regierung, die sich an die Umsetzung einiger wichtiger Gesetzesvorhaben aus dem Vorjahr machte, darunter die des reformierten Arbeitsgesetzes, das von den Unternehmen nach einem Stufenplan erfordert, dass sie die sog. irregulären Arbeitsplätze in volle reguläre Stellen verwandeln (Sozialversicherung, Kündigungsschutz etc.). Im Zuge des Wahlkampfes zerfiel die Regierungspartei Uri-dang. Es bildete sich schließlich eine neue, in den Medien wiederum „liberal“ titulierte Partei, die United Democratic Party (UNDP), heraus, die nach zähem Ringen durch eine Primärwahl einen Präsidentschaftskandidaten kürte, Chung Dong-Young.

Zunächst schien die allseits respektierte Ministerpräsidentin Han Myung-Suk Chancen auf die Kandidatur zu haben. Hätte die Oppositionspartei Hanaradang (GNP) ihrerseits eine Frau ausgewählt, nämlich Park Geun-Hye, die Tochter des ehemaligen Diktators Park Chung-Hee, hätte der Wahlkampf richtig spannend werden können. So aber ver-

lor auch Park Geun-Hye das Rennen, wenn auch nur extrem knapp, und der ehemalige Wirtschaftsboss und frühere Bürgermeister von Seoul, Lee Myung-bak, wurde Kandidat der Partei und später mit großer Mehrheit gewählt, d.h. er erhielt bei einer Wahlbeteiligung von 63 Prozent der Wahlberechtigten 48,7 Prozent der Stimmen (30,7 Prozent von allen Wahlberechtigten). Damit wird Südkorea im 21. Jahr des Juni-Aufstandes und der Erkämpfung der Demokratie nach Kim Dae-Jung und Roh Moo-Hyun wieder einen konservativen Präsidenten haben. Am 9. April 2008 wird zudem das Parlament neu gewählt. Man rechnet auch hier mit einem klaren Sieg von Hanaradang. Südkorea wird also eine von einem „Bulldozer“ geführte konservative Regierung mit einer ungefährdeten Parlamentsmehrheit haben – unter normalen Umständen müsste man das jedenfalls erwarten.

Nun sind die Umstände aber nicht normal. Lee Myung-bak gilt nicht als Saubermann. Noch drei Tage vor der Wahl tauchte eine CD-Videoaufnahme von einem im Januar 2000 an der Kwangun Universität gehaltenen Vortrag, in dem er sich mit der Gründung und als Eigentümer des Wertpapierunternehmens BBK brüstete, auf. Diesem Unternehmen werden u.a. Aktienkursmanipulationen vorgeworfen – zum Schaden von über 5000 gutgläubigen Anlegern. Sein damaliger Sozios flüchtete in die USA und landete deshalb dort selbst im Gefängnis.

Nun wäre das nicht so delikats, wenn Lee Myung-bak während des Wahlkampfes nicht darauf bestanden hätte, dass er mit dieser Firma BBK absolut nichts zu tun hat. Pikanterweise wurde sein Sozios Mitte November, also mitten im Wahlkampf, von der amerikanischen an die koreanische Staatsanwaltschaft überstellt. Er bestand darauf, dass Lee Myung-bak nicht nur der Eigentümer von BBK, sondern auch der Hauptverantwortliche für die damaligen Vorgänge gewesen sei. Noch etwas skandalöser wurde es dann, als die Staatsanwaltschaft am 6. Dezember 2007 bekannt gab, dass es keine Beweise für die Eigentümerschaft und kriminelles Verhalten von Lee Myung-bak gebe.

Das *Corpus delicti* wurde von seinen Besitzern, nachdem sie erst versucht hatten, es

erpresserisch mit mehr als zwei Millionen Euro zu versilbern, entweder durch sie selbst oder andere als UCC ins Internet gestellt und dort millionenfach angeklickt und auch im Fernsehen ausgestrahlt. U.a. führte das dazu, dass vom Parlament, freilich in Abwesenheit der Abgeordneten der Hanaradang (GNP), der Einsatz eines Sonderermittlers beschlossen wurde. Hanaradang versuchte das Verfahren durch den Verfassungsgerichtshof zu stoppen (ein gewählter Präsident genieße parlamentarische Immunität), scheiterte aber damit. Nun muss der Sonderstaatsanwalt spätestens bis zum 24. Februar 2008, einem Tag vor der Amtsübergabe, einen Bericht zu folgenden Punkten abgeben:

1. die Rolle Lee Myung-baks bei der Veruntreuung von Geldern durch BBK;
2. seine Rolle (als Bürgermeister von Seoul) in einem großen Stadtentwicklungsprojekt, in dem nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist und einige Beteiligte durch Begünstigung riesige Gewinne eingefahren haben;
3. die Übertragung von diversen Vermögensbeständen auf Strohmänner; und
4. damit zusammenhängend, unvollständige Angaben über seine Vermögensverhältnisse (Verletzung des Ethikgesetzes für öffentliche Amtsträger);
5. schließlich ein mögliches Fehlverhalten der Staatsanwaltschaft bei der Untersuchung der Rolle Lee Myung-baks in der BBK-Affaire.

Die Umstände sind also alles andere als normal. Ein Präsident ist gewählt. Ob er sein Amt antreten können wird, wird sich erst im Februar 2008 entscheiden. Lee Myung-bak hat angekündigt, dass er sich dem Urteil des Sonderermittlers fügen wird.

Dafür ist allerdings Voraussetzung, dass der Sonderermittler seine Untersuchung in der vorgeschriebenen Zeit zu Ende bringen kann. Wer aber würde in dieser Zeit gegen Lee Myung-bak in den Zeugenstand treten, wer würde belastendes Material zur Verfügung stellen?

Eine ganz andere Frage ist ob sich der Sonderermittler nach dem eindeutigen Sieg Lee Myung-baks, nicht des ‚Volkes Stimme‘ beugen wird: Sollen sie doch den Präsidenten haben, den sie offenen Auges und ohne Zwang gewählt haben! Freilich stünde die

Präsidentschaft Lee Myung-baks in diesem Fall unter einem schlechten Omen und wer weiß, wie sie mit diesem Legitimitätsdefizit umgehen würde. Zudem müsste sie ständig fürchten, dass zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich seit Jahren engagiert und erfolgreich für Transparenz in Politik, Verwaltung, Justiz und Wirtschaft einsetzen, harte Fakten über Lee Myung-bak und seine Vergangenheit ans Tageslicht fördern. Das würde selbst dann geschehen, wenn der Sonderermittler ganz objektiv und nachvollziehbar zu dem Ergebnis käme, dass es keine Beweise für schuldhaftes Verhalten gibt. So oder so würde Lee Myung-baks Präsidentschaft durch seine Vorgeschichte (über die Jahre wurde in koreanischen Zeitungen von 29 aktenkundig gewordenen Gesetzesverstößen berichtet; Dunkelziffer unbekannt) im Zeichen nagender Zweifel stehen.

Andererseits würde ein Rücktritt Lee Myung-baks und eine Neuwahl sicherlich zu einer Stärkung dieser jungen Demokratie beitragen und der weitverbreiteten Politikverdrossenheit, insbesondere unter jüngeren Leuten, entgegenwirken.

Der Kontrast zur letzten Präsidentschaftswahl 2002 könnte nicht größer sein: Roh Moo-hyun wurde vor allem deshalb gewählt, weil er als prinzipienorientiert und geradlinig galt und, weil es ihm um die Sache und Gerechtigkeit ging, weil er vor keinem Konflikt zurückscheute, auch dann, wenn seine Niederlage absehbar war.

Wie war ein solcher Wahlausgang möglich?

Fiktive Protestwahl

Die Unzufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik der Regierung Roh Moo-Hyun ist weit verbreitet. Tatsächlich lagen die jährlichen Wachstumsraten des BSP bei 4,5 Prozent, was in Korea als rezessions-verdächtig gilt (die Entwicklung der wichtigsten wirtschaftlichen Indikatoren der letzten 15-20 Jahre findet sich in der Tabelle im Anhang). Die Lohneinkommen legten ca. 7 Prozent zu – und doch fühlt man sich ärmer, ärmer auch deshalb, weil einem, wie man überall hört, die Immobilienpreise davonlaufen. Tatsächlich wurden jährlich rund 500.000 Wohnungen gebaut und die Immobilienpreise stiegen im Landesdurchschnitt nur moderat (4,5 Prozent). Nur in einigen be-

gehrten und privilegierten Wohngebieten der Hauptstadt Seoul legten Appartements, vor allem auch von spekulativen Erwartungen getrieben, bis zu 30 Prozent zu. Deshalb führte die Regierung 2005 eine Sondersteuer für Luxuswohnungen und Eigentümer mehrerer Wohnungen, mit der sie die Spekulation erfolgreich eindämmen konnte, ein. Diese Steuer, die Steuerlast überhaupt, die ‚niedrigen‘ Wachstumsraten und die hohe Arbeitslosigkeit (zuletzt 3,0 Prozent) gelten in der koreanischen Öffentlichkeit als die größte Schwäche der gegenwärtigen Regierung.

Die Wahlkampfstrategie Lee Myung-baks konzentrierte sich auf diese wahrgenommenen, wenn auch weitgehend fiktiven Schwächen der Regierung. Auf seinem überall zu sehenden Werbeband stand (s. Photo) schlicht und einfach „Wirtschaft“ (links oben, groß und gelb) darunter „unbedingt wieder aufleben lassen“. Rechts oben nichts weniger als „*der aktiv handelnde Wirtschaftspräsident*“, darunter in großen Lettern sein Name (davor eine Kandidatennummer).

Medieninszenierung

Korea hat drei große Tageszeitungen mit Millionenaufgaben. Sie haben Eigentümer mit einer eigenen politischen Agenda. So wie sie von Anfang an gegen die Mitte-



Links-Regierung von Roh Moo-hyun agitierten und polemisierten, unterstützen sie nun Lee Myung-bak bzw. die rechtskonservative Hanaradang, in der noch heute die Netzwerke aus der Zeit der Diktaturen (zu denen sie selbst gehören) fortleben.

Hatten diese Zeitungen vorher eine zentrale Rolle beim Aufbau der von fiktiven Wahrnehmungen von den Verhältnissen im Lande gespielt, so bildeten nun just diese Fiktionen die Basis des Wahlkampfes von Lee Myung-bak und wurden weiterhin von ihnen gepredigt.

Eine vierte überregionale Zeitung, mit einer wesentlich kleineren Auflage und ohne ein landesweites Verteilernetz, und die Fern-

sehmedien konnten der Führerschaft dieser drei Zeitungen in der öffentlichen Meinungsbildung nur wenig anhaben.

Persönlichkeitswahl

Dass es weniger um Politikinhalt als um Dinge wie Vertrauenswürdigkeit, Lauterkeit, Führungs- und Durchsetzungsfähigkeit der Kandidaten geht, kennt man ja auch aus anderen Ländern. Bei all den Ängsten um die wirtschaftliche Zukunft des Landes erschien der erfolgreiche Wirtschaftskapitän Lee Myung-bak als Heilsfigur, die das ganze, große Schiff an neue befreiende Ufer lenken würde. Diese Ufer wurden auch quantifiziert und in die „Vision 747“ gegossen – wenigstens 7 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr; in 10 Jahren ein Prokopfeinkommen von 40.000 Dollar (derzeit etwa 24.000 Dollar); in 10 Jahren die 7. größte Wirtschaft dieser Welt. Er wolle das Land in ein zweites *take-off* der industriellen Entwicklung führen.

Dass er mit solchen Visionen beim Wähler Erfolg haben konnte, hängt damit zusammen, dass er auf eine außerordentlich erfolgreiche Karriere bei der zum Hyundai Konzern gehörenden Baufirma *Hyundai Construction and Engineering*, deren Führung er 1978 mit gerade 37 Jahren übernommen hatte, zurückblicken kann. 1992 entschied er Politiker zu werden, kam auch ins Parlament. 1998 musste er sein Mandat wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz niederlegen, wurde aber zwei Jahre später von Präsident Kim Dae-Jung begnadigt. 2002 wurde er Bürgermeister der 10-Millionenstadt Seoul. Wieder gab es Verstöße gegen das Wahlgesetz, doch sein Privatsekretär nahm alle Schuld auf sich. Er ließ eine, mitten durch das alte Seoul führende, hochgelegte Autobahn abreißen und den darunter liegenden zubetonierten Fluss renaturieren. Der zum Flanieren einladende Fluss wurde zur größten innerkoreanischen Attraktion. Ein ganz neues Gefühl von Urbanität entstand und auch die anliegenden Stadtteile erblühten zu neuem Leben. Auch sonst wurde Seoul unter seiner Führung eine immer lebens- und liebenswertere Stadt.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum der medial verbreitete Spitzname *Bulldozer* keine Aversionen weckt, sondern als Führungsstärke verstanden wird. Dazu

die Assoziation mit modernem städtischem Lebensgefühl, die wahrgenommene Ausweglosigkeit und das Heilsversprechen von 40.000 Dollar Prokopfeinkommen – das ist die Mischung, mit der man einen Wahlkampf gewinnt!

Neue Moral?

Vor diesem Hintergrund überrascht es dann nicht mehr sehr, dass gute Kenner der hiesigen Verhältnisse schon mal sagten, dass die Wähler für sich längst Abstriche wegen der nicht so hundertprozentigen moralischen Integrität des Kandidaten gemacht hätten, und dass der eine oder andere zweifelhafte Tatbestand, der dann noch bekannt werden würde, seiner Popularität nicht schaden könnte. Das wird durch das Wahlergebnis wohl bestätigt. Doch dürften viele Wähler aus Protest gegen die zweifelhafte persönliche Integrität von Lee Myung-bak dieser Wahl fern geblieben sein.

Überraschend ist es trotzdem, dass bei der letzten Präsidentenwahl ein sehr hoher moralisch-ethischer Anspruch an die Kandidaten entscheidend war. Ist dieser Rigorismus auf dem Weg von einem Moralismus ersetzt zu werden, der der von Falschparkern entspricht? Nicht die Legitimität von Regeln des Zusammenlebens wäre dann entscheidend, sondern Maxime „Man darf sich nur nicht erwischen lassen“. Wenn man das Wörtchen „lassen“ dann gar noch so versteht, dass die eigene Macht oder Freunde und Seilschaften so einsetzt, dass man überhaupt nicht mehr erwischt werden kann, dann drohen Recht und Gesetz ihre allgemeine Gültigkeit zu verlieren. Die verdächtig einäugige Untersuchung der BBK-Affaire wird von manchen durchaus auch als Anbieterungsversuch und die Hoffnung auf einen hohen Posten in der neuen Regierung gesehen.

Andererseits mag das eine viel zu pessimistische Sichtweise sein. Die Bürger waren sehr wohl besorgt wegen all der Zwielfichtigkeiten, sahen aber, so wie die Dinge lagen, unter den anderen Kandidaten keine Alternative zu Lee Myung-bak.

Was ist zu erwarten?

Wenn Lee Myung-bak, wie im Wahlgesetz vorgesehen, am 25. Februar 2008 das Präsi-

dentenamt übernimmt, was könnten die Grundlinien seiner Politik sein?

Wirtschaft: Rhein-Main-Donau-Kanal versus Modernisierung Nordkoreas

Eine Wirtschaft auf Wachstumskurs zu steuern, ist etwas anderes als ein Unternehmen zu führen. Lee Myung-bak weiß aus seiner Erfahrung als Bauunternehmer zu Genüge, wie wichtig staatliche Nachfrageprogramme sind. Er hatte sich ein besonderes Projekt öffentlicher Investitionen ausgedacht, das zudem direkt 300 oder gar 700 Tausend der versprochenen 3 Millionen Arbeitsplätze bringen soll: den Bau von schiffbaren Kanälen quer durch die koreanische Halbinsel. In Deutschland denkt man sofort an Franz-Josef Strauss und seinen Rhein-Main-Donau-Kanal, der Milliarden verschlang und doch zu schmal ist für moderne Lastschiffe, die auf Rhein und Schelde verkehren. In Korea kommt dazu, dass die Halbinsel fast nur aus Bergen besteht. Allein mit Schleusen ginge das gar nicht, deshalb sollen hunderte von Kilometern an Kanaltunnel durch die Berge gezogen werden. Zweifelhaft ist außerdem, ob überhaupt genügend Wasser für den Betrieb dieses Kanalsystems vorhanden wäre. Dazu ist Südkorea etwa so groß wie Bayern, so dass man bequemer die Küsten umschiffen kann, wo außerdem Hafenanlagen etc. bereits vorhanden sind, als mit reduzierter Geschwindigkeit und Wartezeiten an Schleusen diagonal durch die Halbinsel von Seoul nach Pusan, der Hafenstadt im Südosten, zu fahren.

Der *Bulldozer* präsentierte dieses Projekt als Teil seiner großen Vision für das Land und schenkte warnenden deutschen Stimmen kein Gehör. Inzwischen bietet sich ihm jedoch ein wesentlich vielversprechenderes Projekt an, nämlich Nordkorea mit Hilfe südkoreanischer Unternehmen auf einen Modernisierungspfad zu bringen, sozusagen im Norden die eigene frühere Entwicklungsdiktatur zu emulieren. Wenn nicht wieder, wie schon erwähnt, unerwartete Dinge in Washington und Pyongyang passieren, dann wird dieses Projekt die südkoreanische Wirtschaft für die nächsten Jahre in Atem halten. Lee Myung-bak hat auch schon seine Vision definiert: In 10 Jahren soll Nordkorea mit südkoreanischer Hilfe ein

Prokopfeinkommen von 3000 Dollar erreicht haben.

Überhaupt fiel im Wahlkampf auf, dass Nordkorea diesmal, im starken Kontrast zu früheren Wahlen, so gut wie nicht thematisiert wurde, weil unter Wählern, Politikern und Wirtschaftsleuten, kaum jemand die Annäherungspolitik der jetzigen Regierung infrage stellt und sich allseits große Hoffnungen mit der geänderten Politik Washingtons, der Umsetzung der 6er-Gespräche und den nun schon regelmäßigen bilateralen Treffen mit Nordkorea verbinden. In den letzten 50 Jahren war noch nie so viel Hoffnung wie jetzt. Plötzlich spielen Ideologien keine Rolle mehr.

Organisierte Interessen

Viele Organisationen und Verbände haben vorab ihre Unterstützung Lee Myung-baks kundgetan. Es wäre nicht verwunderlich, wenn im Gegenzug schon gewisse Zusagen gemacht worden wären.

Was aber macht der Präsident, wenn der Ärzteverband die Leistungen der Ärzte besser honoriert sehen möchte, damit aber die staatliche Krankenversicherung (es gibt keine privaten Krankenversicherungen, nur Zusatzversicherungen), die sowieso schon in finanziellen Nöten ist, belastet?

Was macht er, wenn die Immobilienbesitzer von der Anti-Spekulationsteuer Roh Moo-Hyuns befreit werden wollen, die Gründe für die Preistreiberei aber in spekulativen Erwartungen, im Herdentrieb der Anleger und in der physischen Unmöglichkeit, in den bevorzugten Wohngebieten noch mehr Wohnungen zu bauen, zu finden sind?

Was macht ein Präsident, von dem gefordert wird, die Finanzmärkte weiter zu deregulieren, der aber in großem Umfang Mittel in die Entwicklung Nordkoreas kanalisieren, und schon jetzt damit rechnen muss, dass die ausländischen Kapitalfonds, denen qua Aktienbesitz die koreanischen Konzerne z.T. mehrheitlich gehören, der Expansion nach Norden keine Priorität geben werden?

Was macht ein Präsident, wenn die mehrheitlich privaten Universitäten durchsetzen möchten, dass sie selbst die Auswahl der Studenten vornehmen dürfen, ohne an die landesweiten Prüfungen gebunden zu sein, wenn sie eigentlich anstreben, wie das an

den *Ivy League* Universitäten in den USA üblich ist (*Daniel Golden, The Price of Admission. How America's Ruling Class Buys Its Way into Elite Colleges, 2007*), dass die Zulassung nicht vorrangig nach Leistung, sondern von der Spendierlaune der Eltern und davon, ob sie selbst Absolventen der jeweiligen Universität waren, abhängig ist? Wie macht er das, wenn er gleichzeitig verkündet, dass man durch Bildung vermeiden kann, dass die Armut von einer auf die nächste Generation vererbt wird?

Machtverhältnisse

Solche Konflikte sind nicht leicht zu lösen. Sie werden sicherlich Führungsstärke erfordern. Sicherlich wird er mehr Unterstützung bei Medien, Wirtschaft und in der eigenen Verwaltung finden als sein Vorgänger. Dieser hatte die politischen Entscheidungsverfahren viel dezentraler und konsensualer gestaltet, als sie es früher waren, und damit die Macht, die der Präsident in Korea von der Verfassung her hat, geschwächt. Öffentlich wurde das dann häufig als Schwäche von Präsident Roh Moo-Hyun kritisiert. Mittlerweile hat Lee Myung-bak mehrfach ziemlich klar zum Ausdruck gebracht, dass er das Regieren neuerlich im Blue House zentralisieren und dem Kabinett eine schwächere Rolle zuteilen wird. Auch die Staatsanwaltschaft dürfte wieder stärker unter die Fittiche des Blue House genommen werden (schon aus Eigeninteresse). Freilich mag es, indem er die Zügel wieder stärker selbst in die Hand nimmt, einfacher werden, das geplante Wirtschaftswunder im Norden effektiv zu unterstützen. Wir haben es in Deutschland ja erlebt, wie schwierig es ist, in einem pluralistischen System eine große, systemische Herausforderung zu bewältigen.

Parteien

Bei Hanaradang sind schon während des Wahlkampfes Brüche aufgetreten. Zunächst einmal gelang es Lee Myung-bak nicht, die bei der Kandidatenwahl unterlegene Park Geun-Hye für sich zu gewinnen. Sie widersetzte sich seinem Wahlkampf nicht offen, zeigte sich aber sehr zurückhaltend und sicherte ihre Position in der Partei ab. Lee Myung-bak hingegen war nie ein Parteimensch und hat dort wenige Anhänger. Er beansprucht auch Parteivorsitzender zu werden (die Ämterkopplung hat es bisher

noch nicht gegeben) und hindert Park Geun-Hye daran, die Kandidaten für die am 9. April stattfindende Parlamentswahl auszuwählen. Er äußert sich ausgesprochen negativ über Politiker und hat angekündigt, dass er die Kabinetts- und Ministerpräsidentenposten vorrangig nach „Effizienz“ der Erledigung der zu übertragenden Aufgaben und nicht nach politischen Erwägungen besetzen wird. Ohne Zweifel ein weiterer Affront für die Partei. Da die Partei auf seinem Popularitätshoch schwimmt, meint er vermutlich, sich das erlauben zu können. Wird es ihm aber gelingen das Parlament auf Dauer auf ein reines Zustimmungsorgan seiner Politik zu reduzieren?

Ob er damit durchkommen kann, ist noch aus einem anderen Grund zweifelhaft. Lee Hoi Chang, eine umstrittene, aber wichtige Figur im konservativen Lager, war 1996 und 2001 Präsidentschaftskandidat der Hanaradang gewesen. Niemand dachte, dass er noch einmal antreten könnte, und er war auch nicht unter den Kandidaten der partei-internen Vorauswahl, die Lee Myung-bak sehr knapp gewann. Als es wegen der schon erwähnten staatsanwaltlichen Ermittlungen fraglich wurde, ob die Kandidatur von Lee Myung-bak für die Präsidentschaftswahl aufrechterhalten werden könnte, witterte er eine Chance und präsentierte sich sechs Wochen vor der Wahl als unabhängiger Kandidat und belegte mit 15% den dritten Platz unter den 9 angetretenen Kandidaten. Er wird für die Parlamentswahl am 9. April seine eigene Partei als Sammelbecken rechtskonservativer, um nicht zu sagen, reaktionärer Kräfte gründen. Park Geun-Hye wird dadurch Anhänger verlieren. Für seine alte Partei Hanaradang erheblich schwerer werden, die erwartete absolute Mehrheit im neuen Parlament zu erlangen.

Somit könnten sich die Unbedachtsamkeit Lee Myung-baks im Umgang mit Park Geun-Hye und ihren Anhängern und die Abspaltung von Lee Hoi Chang rächen. Ein Wirtschafts-Bulldozer-Präsident ohne ausreichenden Rückhalt in seiner Partei und ohne tragfähige Mehrheit im Parlament, könnte Gefahr laufen, zur lahmen Ente zu werden. Bei den anderen Parteien sieht es nicht viel besser aus. Die aus der Regierungspartei (Uridang) hervorgegangene UNDP war kaum mehr als ein Wahlverein für Chung

Dong-Young. Sie wird noch bis zur Parlamentswahl überleben. Was dann geschehen wird ist offen, ebenso wie das Schicksal des Restbestandes der Demokratischen Partei des ehemaligen Präsidenten Kim Dae-Jung. Die Demokratische Arbeiterpartei (DLP), die seit ihrer Gründung im Jahr 2000 eng mit dem Gewerkschaftsdachverband KCTU verbunden ist, hat sich nach der Wahl noch mehr in Flügelkämpfe verhakht und schadet sich dadurch vor allem selbst.

So muss man leider feststellen, dass eine Konsolidierung des Parteiwesens in Bälde nicht zu erwarten ist.

Gewerkschaften

Einer der beiden gewerkschaftlichen Dachverbände, FKTU, dessen Geschichte als offizielle Gewerkschaftsorganisation in die Zeit der Diktaturen zurückreicht, hatte schon vorab die Unterstützung für Lee Myung-bak bekannt gegeben. Der andere Dachverband, KCTU, der jahrzehntelang im Untergrund gearbeitet hatte und staatlich verfolgt worden war, unterstützte auch ohne offizielle Bekanntgabe den Kandidaten der Democratic Labour Party (DLP), eine Partei, die aus der KCTU hervorgegangen ist.

In Bezug auf die Arbeit und Beschäftigung betreffenden Reformen der Regierung Roh Moo-hyun hat sich Lee Myung-bak im Wahlkampf bedeckt gehalten. Es ist schwer zu sagen, inwieweit er dies rückgängig machen will. Er hat sich selbst in der Vereinbarung mit der FKTU gewisse Fesseln angelegt. Die FKTU hat einen Tag nach der Wahl erklärt, dass sie eine „beobachtende Haltung“ einnehmen wird (was eine gewisse Unsicherheit zeigt). Lee Myung-bak sagte mehrfach, dass er eine unternehmensfreundliche Politik verfolgen werde. Der jetzige Stand (Mitte Januar) ist so, dass er die Gewerkschaften eingeladen hat, seine Wachstumspläne zu unterstützen, diese sich aber einem Gespräch verweigern, so lange er sich nicht zu ihren Forderungen klar äußert.

Man kann davon ausgehen, dass er die Trilaterale Kommission (Staat, Unternehmerverbände, Gewerkschaften) nicht zu neuem Leben erwecken wird. Faktisch wird das Arrangement des „Wirtschaftspräsidenten“ ein bilaterales sein: Unternehmen und Staat versus Arbeit und Gewerkschaften. Wo die

Kampflinien verlaufen werden, wird sich zeigen.

Für KCTU ist die Lage im gewissen Sinne einfacher geworden. Die Regierung Roh Moo-hyun war reformorientiert und, so gut sie konnte, arbeitnehmer- und gewerkschaftsfreundlich, jedenfalls wird das von konservativer Seite behauptet. Das schadete sowohl KCTU als auch der Regierung von Roh Moo-Hyun. Die KCTU selbst sah das anders und klagte über die hohe Zahl von Gewerkschaftern, die im Gefängnis saßen. Mit der neuen Regierung werden die Konfliktlinien klarer gezogen sein – und die Konfrontation möglicherweise wieder eskalieren. Der andere gewerkschaftliche Dachverband, FKTU, könnte das umgekehrte Problem bekommen, wenn er sich, zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung, zu sehr im Fahrwasser der Regierung bewegt.

Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft hat sich in 20 Jahren Demokratie in Südkorea quantitativ und qualitativ enorm entwickelt. Progressive zivilgesellschaftliche Organisationen gehörten zu den wichtigsten Stützen von Roh Moo-hyun im Wahlkampf vor fünf Jahren. Eine ganze Reihe ihrer Aktivisten wechselte in Regierungsämter und ins Parlament. Progressive NGOs werden daher weitgehend mit der Regierung Roh Moo-hyuns identifiziert. Umgekehrt sahen sich einige dieser Organisationen in ihrer Rolle als kritisches Sprachrohr der Gesellschaft eingeschränkt und legten großen Wert darauf, auch in finanzieller Hinsicht sichere Distanz zur Regierung zu wahren.

Nun gibt es nicht nur progressive NGOs in Korea, sondern auch eine Vielzahl konservativer Bürgerorganisationen. Viele davon haben sich im „*New-Right-Movement*“ zusammengefunden und spielten im Wahlkampf Lee Myung-baks keine unwichtige Rolle.

Parallel zum Wahlkampf 2002 werden Aktivisten aus diesen Reihen nun auch Plätze an der Sonne beanspruchen. Überhaupt werden die konservativen Bürgerorganisationen nun ein größeres Gewicht bekommen. Zugleich werden sie von den staatlichen Mitteln, die für NGOs zur Verfügung stehen einen größeren Teil bekommen als bisher, natürlich zu Lasten der progressiven

NGOs, die dafür politisch eine klarere Linie verfolgen können.

Eine paradoxe Situation ergibt sich in Bezug auf Nordkorea: für die konservativen NGOs mit Nordkoreainteresse, stehen Menschenrechtsverletzungen Nordkoreas und die Unterstützung nordkoreanischer Flüchtlinge in China im Vordergrund. Linke NGOs und von Kirchen getragene Organisationen betreiben konkrete Hilfsprogramme. Lee Myung-bak wird sicherlich nichts dagegen haben, dass diese Programme weiterlaufen, im Gegenteil, denn sie schaffen auch Vertrauen zwischen Nord- und Südkorea. Öffentlich spricht auch er von Menschenrechtsverletzungen, beruhigt dadurch die Hardliner im eigenen Land und in den USA, und schafft sich vielleicht gerade dadurch die Freiräume für seine Modernisierungspolitik Nordkoreas.

Freilich ist es auch nicht undenkbar, dass die neue Regierung NGOs, die, egal aus welchem Lager, dazu tendieren, störende Unruhe zu erzeugen, unter Druck gesetzt wird. Das könnte auch für von der Regierung Roh Moo-Hyun geschaffene Einrichtungen wie die Wahrheits- und Versöhnungskommission, die Korea Democracy Foundation, denen es beide um innere Versöhnung und die Aufarbeitung der vielen historischen Konfliktlagen wie Kolonialisierung, Krieg und Diktatur geht, und die Menschenrechtskommission, die Menschenrechtsverletzungen in Südkorea nachgeht, gelten, die sie wohl nicht abschaffen, aber „aushungern“ könnte. Dass er verschiedene Kommissionen für nicht besonders nützlich hält, wurde in den letzten beiden Wochen immer wieder angesprochen. Es soll auch eine Liste von NGOs geben, deren Aktivitäten, man sich „genauer ansehen möchte“. Wie zivilgesellschaftliche Organisationen darauf reagieren werden, wird eine interessante Frage werden, denn in ihnen sind Zigtausende von engagierten und von der Sache überzeugten Aktivisten tätig, die im Rückzug oder gar im Widerstand des Staates, einen Anreiz zu noch stärkerem Engagement und einen Gewinn an Legitimität sehen würden – ungeachtet dessen, dass sich bei vielen von ihnen zunächst Niedergeschlagenheit und große Besorgnis breitgemacht hat.

Das gilt insbesondere auch für NGOs, die sich für Gleichberechtigung und Genderfra-

gen einsetzen. Mit Schrecken vernahmen sie, dass Lee Myung-bak das Ministerium für Gender und Familie, auflösen will. Es war eine Frucht der starken Frauenbewegung in Korea und war bei allen Vorbehalten ihr bester Verbündeter und sicherte die Berück-

sichtigung von Genderaspekten in gesetzgeberischen Verfahren. Auch eine Vielzahl von Programmen läuft jetzt Gefahr, Opfer der Rationalisierungsversprechen der Regierung zu werden.

Basisdaten der Wirtschaft Südkoreas

(soweit nicht anders angegeben, Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent)

Nr.		Average	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
		1982-92															
	Reales BSP	8.9	6.1	8.5	9.2	7.0	4.7	-6.9	9.5	8.5	3.8	7.0	3.1	4.7	4.0	5.0	4.9
1	Reale private Konsumausgaben	8.2	6.0	8.4	9.9	6.7	3.3	-13.4	11.5	8.4	4.9	7.9	-1.2	-0.3	3.6	4.2	4.4
2	Reale private Ausrüstungsinvestitionen (o. Wohnungsbau) (% BSP)	13.3	6.8	17.0	15.7	8.5	-3.4	-29.2	13.8	18.9	-4.7	7.6	2.1	1.9	3.4	4.7	6.2
3	Sparquote private Haushalte (in % des BSP)	23.5 ^a	21.8	20.7	17.5	17.5	16.1	24.9	17.5	10.7	6.4	2.2	3.9	6.3	4.7	3.9	3.9
4	Bruttosparrate (in % des BSP)	37.6 ^c	36.8	36.3	36.2	35.3	35.4	37.2	35.0	33.6	31.6	31.2	32.6	34.8	32.7	31.2	-
5	langfristiger Zinssatz (nominal)		12.1	12.3	12.4	10.9	11.7	12.8	8.7	8.5	6.7	6.5	5.0	4.5	4.7	5.1	5.4
6	realer lfr. Zinssatz (Konsumgüterpreisdefl.)		5.8	4.5	5.0	5.8	7.1	7.0	8.8	7.8	3.2	2.8	2.3	0.9	1.9	2.9	2.9
7	KOSPI Aktienkurs		866.2	1027.4	882.9	651.2	376.3	562.5	1028.1	504.6	693.7	627.6	810.7	895.9	1379.4	1434.5	1897.1
8	Wohnungspreisindex Seoul (9.2003=100)		69.4	69.7	69.3	70.4	71.8	62.3	65.7	67.7	76.5	93.7	100.1	98.7	105.0	124.8	131.1 ^d
9	Kreditverbindlichkeiten Haushalte (Bill. Won)			116.0	142.7	174.7	211.2	183.6	214.0	266.9	341.7	439.1	447.6	474.7	521.5	582.0	-
10	Staatl. Haushaltsüberschüsse (in % BSP)	2.3 ^a	2.2	2.9	3.8	3.4	3.3	1.6	2.7	5.4	4.6	5.4	0.4	2.5	3.0	3.0	3.0
11	Staatliches Nettovermögen (in % BSP)	15.5 ^a	15.5	16.1	17.4	19.0	21.5	23.1	23.9	27.0	30.0	31.8	30.0	29.8	34.3	35.2	36.3
12	Exportvolumen Gütern und Dienstleistungen	5.95 ^a	12.2	16.3	24.4	12.2	21.6	12.7	14.6	19.1	-2.7	13.3	15.6	19.6	8.5	12.4	10.3
13	Importvolumen Gütern und Dienstleistungen	13.8 ^a	6.0	21.3	23.0	14.3	3.5	-21.8	27.8	20.1	-4.2	15.2	10.1	13.9	7.3	11.3	10.5
14	Importpenetration (in % der Endnachfrage)	20 ^a	20.7	22.6	24.8	26.0	25.8	22.6	25.4	27.4	25.8	27.2	28.6	30.3	30.9	32.2	33.3
15	Exportpreise Güter/Dienstleistungen	3.35 ^a	0.4	1.1	2.0	-3.1	4.7	24.7	-19.3	-4.2	2.4	-9.4	-1.4	4.3	-7.9	-4.8	-1.5
16	Importpreise Gütern/Dienstleistungen	1.7 ^a	0.3	1.1	4.2	3.0	11.4	27.2	-16.8	5.9	5.8	-8.9	1.0	5.5	-2.6	-0.8	0.4
17	Handelsbilanz Güter/Dienstl. (Mrd. US \$)	-2.6 ^a	1.4	-3.1	-5.7	-19.2	-4.5	44.2	29.8	16.1	11.1	7.5	14.6	28.9	18.7	9.9	1.9
18	Leistungsbilanz (in % des BSP)	-0.6 ^a	0.2	-0.9	-1.7	-4.2	-1.3	11.8	5.5	2.4	1.7	1.0	1.9	4.2	1.9	0.7	0.5
19	Reserven Zentralbank (z.31.12.; Mrd. US\$)		20.3	25.7	32.7	33.2	20.4	52.0	74.1	95.9	102.5	120.8	154.5	198.2	210.0	238.4	261.8
20	Lohnentwicklung (nominal)	13.8 ^b	12.9	12.0	15.0	12.0	4.0	4.4	2.1	3.2	6.6	4.8	7.0	4.2	3.9	2.5	5.9
21	gesamtwirt. Arbeitsproduktivität	5.0 ^b	4.9	5.2	6.1	4.7	2.9	-0.9	7.6	4.0	1.8	4.1	3.2	2.8	2.8	3.7	3.6
22	Deflator Konsumgüterpreise	5.8 ^a	6.3	7.8	7.4	5.1	4.6	5.8	-0.1	0.7	3.5	2.8	2.7	3.6	2.8	2.2	2.5
23	abh. Beschäftigte (in Millionen)	16.4	19.3	19.8	20.4	20.8	21.0	20.0	20.1	21.1	21.6	22.2	22.1	22.6	22.9	23.2	23.7
24	standardisierte Arbeitslosenquote	2.5 ^a	2.9	2.5	2.1	2.0	2.6	7.0	6.6	4.4	4.0	3.3	3.6	3.7	3.7	3.5	3.2

a: 1989-92; b: 1979-92; c: 1986-92; d: November 2007, Quelle: OECD, Bank of Korea, Kukmin Bank